

MENSCHEN & MÄRKTE

Im Gespräch mit Martin Günthner

FOTO: FRANK THOMAS KOCH



Lange Zeit galt die Windkraft als die Zukunft der grünen Energie. Doch nach dem Niedergang der Solarzellenfertigung bestimmen inzwischen auch in der Windbranche die schlechten Nachrichten das Bild: Entlassungen, Kurzarbeit und drohende Insolvenzen. Bremens Wirtschaftssenator Martin Günthner (SPD) erklärt, warum er trotzdem an das Konzept glaubt.

Von Andreas Holling

Das Land Bremen setzt konsequent auf die Windkraft. Allein in Bremerhaven haben sich vier große Hersteller für Hochseewindparks angesiedelt. Um ihnen ein gutes Umfeld zu bieten, werden mindestens 180 Millionen Euro in ein Offshore-Terminal (OTB) investiert. Ist das Geld gut angelegt?

Martin Günthner: Die Offshore-Politik des Landes Bremen zeichnet sich durch einen langen Atem und maximale Verlässlichkeit aus. Das gilt seit zehn Jahren und das gilt auch weiterhin. Deshalb hat sich Bremerhaven ja zum größten integrierten Produktionsstandort der Offshore-Industrie an der europäischen Küste entwickelt. Das werden wir doch jetzt nicht durch Wankelmütigkeit gefährden. Wir sind überzeugt, dass die Energiewende nur mit Offshore gelingen kann.

Also keine Änderungen beim OTB?

Es ist völlig klar, dass für rechtlich belastbare Planungen auch der Bedarf nachgewiesen werden muss. Deshalb aktualisieren wir kontinuierlich die erforderlichen Untersuchungen. Aber wir sehen auch, was sich ansonsten in der Nordsee tut. Nicht nur die deutsche Küste bietet Potenzial, sondern wir sind natürlich auch an den Marktentwicklungen interessiert, die sich in England, Dänemark oder den Niederlanden abzeichnen. Der OTB ist

zur Entwicklung der regional vorhandenen Industrie notwendig. Er senkt Logistikkosten und damit die Systemkosten für Offshore-Wind. Und das ist ja letztlich auch ein politisches Ziel: die Energiewende preiswerter machen.

Laut IG Metall wurden 2013 bundesweit 2000 Arbeitsplätze in der Windkraftbranche abgebaut, weitere 1000 sollen folgen. In Bremerhaven schickten Weserwind und Powerblades zusammen 1100 Leiharbeiter nach Hause und über 700 Kollegen in Kurzarbeit. Areva will mehr als 100 seiner 580 Mitarbeiter kündigen. Die Branche steckt tief in der Krise, oder?

Ja. Das ist eine traurige Hinterlassenschaft der alten Bundesregierung. Der Schlingerkurs der damaligen Bundesminister Peter Altmaier (CDU) und Philipp Rösler (FDP) hat verheerenden Folgen. Wer Investoren von Milliardenprojekten sagt, dass man rückwirkend Verabredungen verändern will, darf sich nicht wundern, wenn diese Investitionen dann komplett gebremst werden. Aber trotz der realen aktuellen Probleme merken wir in den Gesprächen mit den Unternehmen, dass das Thema Offshore nach wie vor grundsätzlich positiv beurteilt wird. Wichtig ist insbesondere ein verlässlicher politischer Rahmen. Und die Koalitionsvereinbarung hat da zumindest eine Basis geschaffen.

Nun hat auch Energieminister Sigmar Gabriel (SPD) nicht immer zur Klarheit beigetragen. Ein Branchenverband forderte kürzlich „Verlässlichkeit für die Investoren“. Wünschen Sie sich ebenfalls mehr Klarheit?

Ich sehe zwei Entwicklungen. Zum einen haben wir einen Koalitionsvertrag, in dem die Forderungen der norddeutschen Länder enthalten sind. Jetzt haben wir eine Diskussion über die Förderung der erneuerbaren Energien. Da gibt es berechtigte Kritik der Branche an der vorgeschlagenen Vergütungshöhe. Aber diese Differenzen sollten kein Hindernis sein, Projekte auf den Weg zu bringen. Wir brauchen Signale, damit die Krise ein Ende findet. Dann wird die Entwicklung wieder an Dynamik gewinnen.

Doch gerade auf hoher See geht dem Ausbau offenbar die Luft aus. Nach den Plänen der alten Bundesregierung sollten im Jahr 2020 rund 10.000 Megawatt Offshore-Strom produziert werden. Inzwischen liegt das Ziel bei 6.500 Megawatt pro Jahr. Doch bislang fließen nur 520 Megawatt. Sind die Ziele überhaupt erreichbar?

Es war absurd, sich Ziele zu setzen, von denen man weiß, dass sie niemals erreichbar sein werden. Wir sind gut beraten, wenn wir Erwartungen mit zurückhaltendem Realismus formulieren. Und die neuen Ausbauziele für 2020 setzen mit 6,5 Gigawatt eine

solche realistische Marke. Die Branche selbst akzeptiert diese neue politische Zielsetzung.

Also zu viel der Skepsis?

In der derzeitigen Diskussion besteht die Gefahr, dass wir aus einer Phase der Verunsicherung in eine Phase des Schlehtredens übergehen. Auch das ist übel. Denn es gibt durchaus positive Signale. Mittlerweile sind vier Windparks in Nord- und Ostsee in Betrieb. Insgesamt 31 weitere sind im Bau, finanziert oder genehmigt.

Trotzdem: Der Ausbau der Offshore-Stromerzeugung kostet viel Geld. Bezahlt wird es von den Endkunden über die Erneuerbare-Energie-Umlage (EEG). Ist das ein gerechtes Finanzierungsmodell?

Offshore-Energie ist nicht der Strompreistreiber. Sie wurde in der politischen Debatte wider besseres Wissen zum Sündenbock abgestempelt worden. Der Kostenanteil von Offshore-Wind an der EEG-Umlage ist mit weniger als zwei Prozent verschwindend gering und wird auch in den nächsten Jahren kaum steigen. Zum Vergleich: Fotovoltaik ist mit 55 Prozent der EEG-Umlage der mit Abstand größte Brocken. Fahren Sie mal mit offenen Augen durch Bayern. Dann sehen Sie, dass dort riesige Fotovoltaik-Anlagen stehen. Das Geld der Stromkunden unterhält bayerische Bauernhöfe.

Stichwort Solarzellen: Deutsche Produzenten wurden schon lange vom Weltmarkt verdrängt. Nun haben chinesische Anbieter auch die Windkraft für sich entdeckt. Die Folge: Die Preise für Turbinen und Anlagen sanken seit 2008 um rund ein Viertel. Befürchten Sie eine Wiederholung des Fotovoltaik-Debakels?

Ich denke nicht, dass wir uns vor chinesischer Industrieproduktion fürchten müssen. Es macht ja einen gewissen Unterschied, ob ich eine Solarpaneele transportiere oder das Fundament einer Offshore-Anlage. Deshalb muss die wesentliche industrielle Fertigung da stattfinden, wo es auch die Ausbaumöglichkeiten gibt.

Der Standort ist also sicher ...

Ich sehe mehr die Chance als das Risiko. Offshore ist eine internationale Entwicklung, von der sich Deutschland nicht abkoppeln darf. An der Nord- und Ostsee gibt es im Übrigen auch relevante Exportmöglichkeiten. In der Anlagenfertigung sowie bei Transport und Montage liegt der Exportanteil bei über 30 Prozent. Und von der Windkraft profitiert nicht nur der Norden Deutschlands. Mehr als 40 Prozent der Beschäftigten der Offshore-Energiebranche arbeiten in Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg.

Welche Rolle spielt heute Bremen? Kann das Haushaltsnotlageland überhaupt eigene Impulse setzen?

Bremen hat Impulse gesetzt wie kein zweites Bundesland. Wir haben ein Windenergie-Cluster entwickelt, das bundesweit die Diskussion vorantreibt. Wir haben hervorragende Gewerbeflächen für Unternehmen geschaffen und unterstützen sie in den aktuell schwierigen Zeiten. Und wir planen den Offshore-Terminal. Wir sind hartnäckig und ausdauernd, weil wir davon überzeugt sind, dass sich dies langfristig lohnen wird.

„Wir sind überzeugt, dass die Energiewende nur mit Offshore gelingen kann“

Martin Günthner, Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen